

Aktive Bürger Bornheim

Wir erobern unsere Stadt zurück!

Roisdorf – Oberdorfer Weg/Ehrental: Verwaltung und Rat ignoriert berechnigte Forderungen der Anliegergemeinschaft.

Leider arbeitet die Stadtverwaltung in Sachen Straßenausbau und Straßensanierung nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit mit den betroffenen Anwohnern zusammen. Die Einwände werden als lästig empfunden und die Vorschläge werden nicht ernsthaft geprüft.

Die Verwaltung sucht nicht nach Wegen die zu einem für beide Seiten tragbarem Ziel führen, sondern man sucht nach Gründen die vorgetragene berechnigte Änderungswünsche der unmittelbar Betroffenen zu unterlaufen.

Es verstärkt sich unser Eindruck, dass nach der Diskussion um den Ausbau der Koblenzer Straße in Roisdorf und nach der Diskussion um den Ausbau des Apostelpfades in Bornheim nun eine weitere Totalkonfrontation mit den Anwohnern des Oberdorfer Weges und des Ehrentals in Roisdorf angestrebt wird. Unter solchen Randbedingungen wird es auch völlig verständlich, wenn die Betroffenen vor Ort der Stadt keine Grundstücksbereiche freiwillig abtreten wollen und somit den Ausbau erschweren bzw. bis zu einer Enteignung verzögern. Leider haben auch im aktuellen Fall die eingereichten Argumente und Unterschriftenlisten der Betroffenen nicht alle Ausschuss- und Ratsmitglieder erreicht.

So wie hier praktiziert sieht die vielgepriesene „Beteiligung der Bürger“, die sich vor dem Kommunalwahlen alle im Rat vertretenen Parteien auf die Fahne geschrieben haben aber nicht aus. Deshalb ist es notwendig, dass sich ortsübergreifend die Betroffenen zusammen setzen um Erfahrungen auszutauschen um gemeinsam der Stadtverwaltung auf Augenhöhe entgegen treten zu können.

Aufgrund der erschreckenden Erkenntnisse der letzten Zeit beim Umgang der Stadt mit den Betroffenen vor Ort hat die ABB beschlossen noch deutlicher zu handeln und die betroffenen Bürgerinitiativen zusammen zu führen und verstärkt zu unterstützen!

Am 03.05.2017 tagte die ABB-Mitgliederversammlung. Dort wurden folgende Anträge beschlossen:

Antrag 1: Die ABB gründet einen „Arbeitskreis Straßenausbau und Sanierung“. Dieser Arbeitskreis (AKS) steht Bornheimer Bürgerinnen und Bürgern zur Mitarbeit offen. Der Arbeitskreis soll vorhandene Bürgerinitiativen unterstützen und Anträge für die Gremien der Stadt Bornheim gemeinsam mit den Betroffenen formulieren und in die Gremien der Stadt Bornheim einbringen.

Antrag 2: Die ABB unterstützt die Bürgerinitiative in Roisdorf (Oberdorfer Weg), die Bürgerinitiative in Roisdorf (Koblenzer Straße) und die Bürger für Bornheim (Bornheim, Ausbau Apostelpfad) in Ihren Bemühungen einen angemessenen Ausbau im Sinne der Betroffenen vor Ort zu erreichen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung setzt die Beschlussvorlage mehrheitlich durch.

Wir haben von der Anliegergemeinschaft Oberdorfer Weg in Roisdorf viele sinnvolle Vorschläge erhalten. Die dort angeführten Argumente sind nachvollziehbar und sinnvoll. Aus diesem Grunde hat die ABB der Verwaltungsvorlage zum Ausbau des Oberdorfer Weges in Roisdorf in der derzeitigen Form **nicht** zugestimmt.

Es ist weder demokratisch noch sinnvoll die Anregungen der vor Ort Betroffenen zu ignorieren. Schließlich bezahlen die Anlieger 70 % der Baukosten. Zwangsent eignung statt der ernsthaften Suche nach für beide Seiten (Stadt/Anlieger) tragbaren Kompromissen ist der falsche Weg! Diesen Weg geht die ABB nicht mit.

Wir sehen keinen einleuchtenden oder zwingenden Grund beidseitig Fußgänger- und Radfahrerwege zu bauen. Wir halten es auch für geboten die Straßenbreite auf 5 Meter Breite zu begrenzen, wie es die Anliegergemeinschaft fordert.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung hat am 29.03.2017 die Vorlage der Verwaltung ([Beschlussvorlage 167/2017-9](#)) mit Mehrheit verabschiedet. Die ABB hat bei der Abstimmung mit NEIN gestimmt. Die Mehrheit des Ausschusses für Stadtentwicklung (CDU, SPD, FDP und UWG) steht hier wieder einmal gegen die berechtigten Interessen der Bürger vor Ort.

Da **alle** betroffenen Eigentümer des Straßenabschnittes (100%) in einer Unterschriftenliste schriftlich erklärt haben, der Stadt die notwendigen Flächen für den derzeit geplanten Ausbau (!) nicht zu verkaufen, ist die Baumaßnahme damit vorerst blockiert.

Ob die Stadt den Schritt wagt, alle 22 Eigentümer in einem Gerichtsverfahren enteignen zu lassen, stellen wir in Frage. Die betroffenen Eigentümer wenden sich schließlich nicht grundsätzlich gegen einen Ausbau, sie sind jedoch nicht bereit einen übertriebenen Luxusausbau (beidseitige Geh- und Radwege, Straßenbreite über 5 Meter) zu finanzieren.

Die ABB wird die Eigentümer auch weiterhin unterstützen. Das hat die ABB auf der Sitzung unmissverständlich erklärt. Sich für die Bürger einsetzen ist für die ABB eine Selbstverständlichkeit, wenn die Verwaltung offensichtlich unfähig ist mit den Betroffenen vor Ort eine gemeinsam tragbare Lösung zu suchen.

Dies als Populismus zu bezeichnen trifft den Kern der Problematik nicht sondern ist der klägliche Versuch der Luxus-Ausbaubefürworter sich den Argumenten zu entziehen. „So etwas wird jedoch nicht funktionieren“, so Breuer (ABB) auf der Sitzung des Ausschusses.

Das weitere Vorgehen wollen wir im Arbeitskreis besprechen. Dort arbeiten auch Anwohner der betroffenen Straßen mit. Der Arbeitskreis tagt öffentlich.

Weitere Informationen können Sie im Internet der ABB nachlesen:

<http://www.aktivebuergerbornheim.de>

E-Mail: bornheimer123@yahoo.de